

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.80 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 18 688.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Pettzeile 1.55 Mk. — Die 7 gespaltene Pettzeile mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7 gespaltene Pettzeile Familiennachrichten 1.40 Mk. — Die Reklame-Pettzeile 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Bildung einer Arbeiter-Regierung?

Die Regierungsbildung.

Berlin, 24. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der gesamte Militärteil der jetzigen Regierung soll, wie mitgeteilt wird, für die nächsten 24 Stunden zu erwarten sein. Es schweben Verhandlungen zur Bildung einer reinen Arbeiterregierung, in der sämtliche gewerkschaftlichen Richtungen beteiligt sein sollen.

Das Berliner Tageblatt schreibt zu den Mitteilungen über den Plan einer reinen Arbeiterregierung, daß diese Nachricht falsch sei. Wichtig ist zwar, daß von den Organisationsparteien, die die Direktleitung abgeben wollten, die Anregung gegeben wurde, die Fraktionen sollten erwägen, ob nicht eine reine Arbeiterregierung zu bilden sei. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die Fraktionen der Reichsparteien, einschließlich der Sozialdemokraten, diese Anregung ablehnen werden. Das Experiment einer Regierung, die lediglich das Vertrauen der Arbeiter besitzt, kann nicht in dem Moment gewagt werden, in dem der Versuch einer Wiedereinrichtung der Regierung an sich zu scheitern, an dem Widerstand des ganzen Volkes scheitert. Es bleibt bei der letzten Koalition der drei Parteien, die die große Mehrheit des deutschen Volkes vertreten.

Diese bestimmten Versicherungen des Berliner Tageblatts sind vorerst nur der Ausdruck des Wunschens der Demokraten und des Bürgertums, daß es so kommen möchte. Wie sich die Fraktion der Rechtssozialisten verhalten wird, ist noch nicht bekannt, die Dinge sind noch im Fluss.

Berlin, 24. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Eine Kabinettsitzung beschäftigte sich gestern mit der Durchführung der mit den Gewerkschaften vereinbarten neun Punkte und mit der Frage der Bildung einer reinen Arbeiterregierung. Die Verhandlungen wurden noch nicht zu Ende geführt, sondern auf heute vertagt.

Neuwahlen zum 6. Juni?

Berlin, 24. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Reichsausschuß der Nationalversammlung schlägt vor, die Neuwahlen zur Nationalversammlung für den 6. Juni auszuschreiben. Wie es heißt, soll das letzte Wahlgesetz bestehen bleiben, jedoch unter Einführung von Reichskollegen.

Die Haltung der sächsischen Regierung.

In einer gemeinsamen Sitzung der Volkskammerfraktionen der U. S. P. und S. V. D. am Dienstag, den 23. d. M., wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, von der Regierung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes über die Reichshauptmannschaft Leipzig zu fordern. Eine Kommission, bestehend aus je drei Genossen der U. S. P. und S. V. D.-Fraktion setzte sich dazu mit der Regierung in Verbindung.

Der Ministerpräsident Dr. Gradnauer war außerordentlich schwankend. Er erklärte, erst amliche Mitteilungen aus Leipzig abwarten zu müssen. General Müller (1) sei zu dem Zweck nach Leipzig entsandt worden.

Heute Mittwoch, vormittags 9 Uhr, sollte sich das Gesamtministerium über die Aufhebung des Belagerungszustandes schlüssig machen. Ueber die Beschlüsse ist bis zur Stunde noch nichts bekannt.

Die schwankende Haltung des Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer hat auch bei der rechtssozialistischen Fraktion unliebsames Aufsehen erregt. Es ist beschlossen worden, die Vertrauensfrage zu stellen!

Noskes Nachfolger.

Berlin, 23. März. Nach dem Austritt Noskes ist General v. Seeckt mit der Führung der Geschäfte des Reichswehrministers betraut worden. Der ihm bisher beigegebene Sozialdemokrat, Unterstaatssekretär Gschwindt, ist von seinem Amt zurückgetreten.

Büttwig und Trotha verhaftet.

Berlin, 24. März. Wie der Tel.-Union von aushändiger Stelle mitgeteilt wird, bestätigt sich die Nachricht, daß General v. Büttwig und Admiral v. Trotha verhaftet worden sind.

Parteigenossen und Genossinnen!

Eine politische Massenaktion von imponierender Einmütigkeit und fester Entschlossenheit, von beispiellosem Umfang und unwiderstehlicher Wucht hat die militärischen und monarchistischen Gegenrevolutionäre in die Flucht geschlagen. Weggefegt sind auch die Mißschubigen Noske und Seine. Unhüßlich geworden ist die ganze Regierung, die in ihrer Verblendung alle ihre Macht gegen das sozialistische Proletariat gerichtet und politische und soziale Fortschritte gehindert hat.

Parteigenossen und Genossinnen!

Die Arbeiterklasse hat diese Tat vollbracht gegen die Kapp-Viltwiz, gegen die Noske-Bauer und gegen die Nationalversammlung. Ihr habt für Eure eigene Sache gekämpft und aus eigener Kraft einen Erfolg errungen. Das Ziel dieses Kampfes war nicht die Rückkehr der entflohenen „verfassungsmäßigen“ Regierung, nicht die Wiederherstellung des alten arbeiterselbstlichen Systems. Das Ziel war: erhöhte Macht für die Arbeiterklasse und die Fortführung der Revolution.

Die politische Situation ist heute anders als am Tage des gegenrevolutionären Anschlages. Ihr habt erkannt, welche Macht in der revolutionären Waffe des Generalstreiks liegt. Ihr habt, wo es notwendig war, die monarchistischen Gegenrevolutionäre mit den Waffen niedergeschlagen. Ihr habt gesehen, wie groß die Macht der Arbeiterklasse ist, wenn sie geschlossen und einmütig zur Tat zusammensteht. Zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vereinigten sich die politischen Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bewußt und planmäßig zur politischen Massenaktion. Und aller Widerstand war gebrochen.

Der Beweis ist geliefert, daß in unserer revolutionären Zeit auch für die wirtschaftlichen Organisationen politische Neutralität unhaltbar geworden ist. Die Bewegung selbst zwang durch ihre innere Logik alle beteiligten Organisationen zur tatsächlichen Annäherung. Die Lebensfragen der Arbeiterschaft standen auf dem Spiel, und das gemeinsame Klasseninteresse überwand alle organisatorischen Hemmnisse.

Beseitigung des militärischen Systems, Entwaffnung der konterrevolutionären Truppen und Bewaffnung der Arbeiter mählten die wichtigsten Forderungen sein. In großen Teilen des Reiches haben die Arbeiter aus eigener Kraft diese Forderungen verwirklicht.

Die Arbeiterorganisationen legten durch, daß Vertreter der Regierungen im Reich und in Preußen den Beginn der praktischen Durchführung der Reorganisation der bewaffneten Macht unter Mitwirkung der Arbeiter, Angestellten und Beamten zulagte.

Die Regierung hat weiter sich verpflichtet, gegen die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrgebiet, Angriffe zu unterlassen und durch Verhandlungen eine Lösung zu erreichen. Falls die örtlichen Verhandlungen scheitern, sollen die Arbeiterparteien um ihre Vermittlung ersucht werden.

In Berlin sollen die Truppen aus den Vororten und von den Straßen, mit Ausnahme des Regierungsviertels, zurückgezogen werden. Der verschärfte Belagerungszustand wird aufgehoben.

Für die neu zu bildende Regierung ist eine Grundlage geschaffen in den neun Forderungen, die von am Kampfe beteiligten Organisationen formuliert wurden. Danach soll die bevorstehende Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten vorgenommen und diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neubildung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung eingeräumt werden.

Ferner wird gefordert:

Sofortige Entwaffnung und Bestrafung der am reaktionären Aufstand Beteiligten.

Auflösung der konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der revolutionären Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen.

Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze.

Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige.

Wirksamere Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verschärfte Bekämpfung des Wucher- und des Schiebertums in Stadt und Land.

Parteigenossen und Genossinnen! Es ist nicht gelungen, unsere klareren und weitergehenden Forderungen in diesem Kampfe durchzusetzen. Die angeführten Grundsätze für die neue Regierung befriedigen uns nicht. Trotz ihrer Unvollkommenheit verkennen wir nicht, daß die vereinbarten Grundsätze, wenn sie durchgeführt werden, immerhin einen Fortschritt bedeuten gegenüber dem bisherigen Zustand.

Die beteiligten Parteien und Gewerkschaften haben die Verpflichtung übernommen, falls die Forderungen nicht erfüllt und die Zusagen der Regierung gebrochen werden, von neuem zusammenzutreten und über die erneute Ausnahme des Generalstreiks zu entscheiden. Das bedeutet, daß sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht mit leeren Versprechen zufriedengeben wollen, sondern daß sie entschlossen sind, die gesamte reale Macht der Arbeiterklasse hinter die Durchsetzung der Forderungen zu stellen. Die einheitliche Klassenfront des Proletariats ist wenigstens für die Durchsetzung dieser Mindestforderungen auch für die Zukunft gewahrt.

Parteigenossen und Genossinnen!

Die große Massenaktion ist beendet. Geschlossen, wie in den Kampf, geht das Proletariat aus dem Kampf heraus. Das Ringen um unsere Ziele, Ueberwindung des Kapitalismus, Verwirklichung des Sozialismus, geht unermüdet weiter. Neu gestählt und mit vermehrtem Klassenbewußtsein geht das Proletariat neuen Kämpfen entgegen. An Euch liegt es, diese Forderungen zu verwirklichen und für das Proletariat neue Positionen zu erringen.

Parteigenossen und Genossinnen!

Zahlreiche Opfer hat dieser Kampf gekostet. Sie dürfen nicht umsonst gefallen sein. Ihre heldenmütige Aufopferung für die Sache des Sozialismus ist uns Ansporn und Vorbild.

Berlin, den 23. März 1920.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.